



Am 6. Mai 2018 wählten 879 Menschen die neofaschistische „Nationaldemokratische“ Partei Deutschlands (NPD) mit 3,9% in die Ratsversammlung Neumünster. Die NPD kann somit in Fraktionsstärke mit zwei Mitgliedern in den nächsten fünf Jahren das politische Geschehen in Neumünster beeinflussen. Am Dienstag, den 12. Juni 2018, findet die erste öffentliche Sitzung der Ratsversammlung Neumünster in der neuen Legislaturperiode statt. Das nehmen wir als Anlass, um der NPD zu zeigen, dass in Neumünster kein Platz für ihre nationalistische, rassistische, sexistische und autoritäre Politik ist.

Gemeinsam den Rechtsextremisten entgegenstellen - Euer Hass ist unser Ansporn

Mitglieder der NPD waren und sind immer wieder an brutalen Gewalttaten beteiligt. Auch die Mitglieder des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) waren in das bundesweite Netzwerk der deutschen Neonazis eingebunden und VollstreckerInnen der mörderischen faschistischen Ideologie.

Gemeinsam aktiv werden- für eine solidarische Stadt ohne Hass

Die Grundsätze des Potsdamer Abkommens, des Internationalen Militärtribunals und die Rechtsvorschriften der Alliierten Mächte (Kontrollratsgesetze) stellen unmissverständlich fest: *„Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“* Der Artikel 139 des Grundgesetzes hat diese Aussage aufgegriffen.

Im Urteil vom 17. Januar 2018 des Bundesverfassungsgerichts heißt es: *„Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) vertritt ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept. Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar.“*

Dass nun **am Dienstag, 12. Juni, um 16 Uhr** mit Horst Micheel auch noch der Betreiber der Nazikneipe "Titanic" als zweiter NPD-Ratsherr in die Ratsversammlung einzieht, halten wir für unerträglich. Schon der Gadeländer "Club 88" hatte dem Ruf unserer Stadt großen Schaden zugefügt. Es sollte nun keine 16 Jahre dauern, bis dem braunen Spuk in der Wippendorfstraße ein Ende gesetzt wird. Dazu mit beizutragen, rufen wir alle Menschen, Institutionen, Parteien, Initiativen und Vereine auf, mit uns gemeinsam dafür zu sorgen, dass der braune Spuk in der Wippendorfstraße ein Ende hat, noch bevor er sein Bedrohungspotential für die hier lebenden Menschen vollends entfalten kann.

DIESE STADT HAT NAZIS SATT

Es geht jetzt darum, für ein Neumünster einzustehen, wie wir es uns wünschen: offen, tolerant und vielfältig. Wir wollen mit euch zusammen, entschlossen, solidarisch, laut und kreativ der NPD zeigen, was wir von ihr halten.